

Haushaltsrede 2009 von Bündnis 90/Die Grünen Olsberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Stadtrates; liebe Mitarbeiter der Stadtverwaltung; sehr verehrte Damen und Herren der örtlichen Presse; liebe Zuhörer auf der Besuchertribüne!

Ich möchte mich zunächst einmal bei Ihnen Herr Bürgermeister Reuter, sowie den Damen und Herren der Verwaltung und hier insbesondere unserem Kämmerer Herrn Kotthoff für die Erstellung des Haushalts 2009 bedanken.

Ich möchte meinen Dank an die Verwaltung, die sich zum vierten Mal dem Projekt „Neues Kommunales Rechnungswesen“ genähert hat, zum Ausdruck bringen.

Es ist sicher nicht leicht, die Zahlen, die erforderlich sind, für uns alle hier lesbar und verständlich darzustellen. Der bereits mehrfach geäußerte Wunsch von uns Ratsfrauen und Ratsherren -, den Haushaltsplan lesbarer zu machen und wo immer es geht auf Zahlenwerk zu verzichten, führte leider nicht zu einem Ergebnis, mit dem wir in jedem Bereich umgehen konnten.

Bereits zum vierten Mal wurde der Haushalt im NKF erstellt, was sicher insbesondere hinsichtlich der vielen Unwägbarkeiten wie der weltweiten Finanzkrise oder/und den Auswirkungen des Konjunkturpakets II um nur ein paar zu nennen, eine große Herausforderung für Sie war, aber wie es sich zeigte, eine noch größere Herausforderung für uns Politiker.

Der bereits seit einiger Zeit verstorbene Schriftsteller Heinrich Böll hat einmal gesagt:

„Von Politik versteht nur der etwas, der jeweils die Möglichkeit hat, seine Vorstellungen von der zu machenden Politik zu realisieren, also der, der an der Macht ist!“

Selten ist mir die Bedeutung dieses Ausspruchs klarer geworden, als bei der Verfassung meiner Haushaltsrede in diesem Jahr und der damit einhergehenden vorherigen Beratungen in den diversen Ausschüssen und den Ratssitzungen.

In diesem Jahr heißt es leider nicht, wie in dem allseits bekannten Silvestersketch Dinner for one: „The same procedure as every year ...!“

Durch die Finanzkrise und den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Abschwung schwebt auch über der Stadt Olsberg das Damoklesschwert der „Haushaltssicherung“ sichtbarer als noch in den vergangenen Jahren.

Das Wichtigste vorweg: Bündnis 90/GRÜNE werden dem Haushalt heute zustimmen. Und trotzdem möchte ich diese Möglichkeit nutzen, mit Ihnen gemeinsam einen GRÜNEN Blick in die Zukunft unserer Stadt zu wagen.

Ich will hier nicht weiterhin das Zahlenwerk, welches Ihnen allen vorliegt, kommentieren, das können meine Vorredner sicherlich auf Grund ihrer langen politischen Erfahrung besser.

Was ich möchte, ist auf einige grundlegende Zukunftsprobleme in unserer Stadt und in unserer Gesellschaft hinweisen.

Die Bürger draußen interessiert doch nicht, wie hoch das Anlage- oder Umlaufvermögen der Stadt ist und wie dieses abgeschrieben werden kann. Ihnen ist es wichtig zu wissen, wie hoch verschuldet ihre Gemeinde ist; ob sie in diesem Jahr höhere Abgaben zahlen müssen und somit wieder einmal von ihrer Lohn-Gehaltserhöhung im Prinzip nichts übrig bleibt; ob die medizinische Versorgung auch weiterhin gesichert ist und ob in den kommenden Jahren noch mehr Schulen ihre Pforten schließen müssen.

Die Themen der Zukunft wie u. a. Rekommunalisierung der Energieversorgung (hier stellt sich mir übrigens noch die Frage: Ist bei Ablauf des Entsorgungsvertrages mit dem Abfallentsorgungsunternehmen Stratmann ebenfalls an eine Rekommunalisierung gedacht?) oder die Umsetzung des Zentrenkonzepts werden aus unserer Sicht natürlich von der konjunkturellen Lage unseres Landes und somit der finanziellen Ausstattung der Kommunen gekennzeichnet sein.

In wie weit wir nachhaltig gerechte Ideen und Ansätze für unsere Stadt umsetzen können, ist so stark wie nie zuvor vom landes- und bundespolitischen Willen abhängig und es ist ebenso wichtig wie nie zuvor ein innovatives Gemeindefinanzierungskonzept zu fordern.

Das kürzlich von der Bundesregierung aufgelegte Konjunkturprogramm II ist hierfür ein positives Beispiel. Hiermit ist es der Stadt möglich, Investitionen zu tätigen, die ohne diese Finanzspritze kaum zu bewältigen wären. Leider ist bis zum heutigen Tage, die genaue Verwendung dieser Mittel immer noch offen. Dass diese Gelder hauptsächlich in die Sanierung von Bildungseinrichtungen und den Klimaschutz investiert werden sollen, ist sicher der richtige Ansatz und erhält unsere volle Zustimmung.

Der GRÜNE Blick in die Zukunft wird gekennzeichnet sein von

- der Chancengleichheit und damit dem Ausbau des Bildungssystems
- einem wertschätzenden Umgang mit dem demographischen Wandel in unserer Stadt, dem durch vielfältige Entscheidungen Rechnung getragen werden muss
- der Sicherung von Arbeitsplätzen

- einer nachhaltigen Finanzwirtschaft
- einem ressourcenschonenden Umgang mit Flächen für Gewerbe und Wohnen
- unsere Stadt für alle Generationen lebens- und liebenswert zu erhalten. Im Hinblick auf den fortschreitenden demografischen Wandel ist hier insbesondere darauf zu achten, dass andere Wohn- bzw. Lebensformen, wie z. B. Baugebiete mit Mehrgenerationswohnbauten u. ä. geschaffen werden.
- und selbstverständlichem Klimaschutz und CO2-Reduzierung.

Leider ist in dem vorliegenden Haushaltsplan 2009 unserem im Jahr 2007 gestellten „Klimaschutzantrag“ keinerlei Rechnung getragen worden.

Es wurde bisher seitens der Verwaltung keinerlei Anstrengung unternommen, ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln.

Erst in der Hauptausschusssitzung vom vergangenen Dienstag wurde auf meine Nachfrage hin vom Bürgermeister mitgeteilt, dass es wohl langsam ein wenig Bewegung hierzu gibt und in einer Ausschusssitzung im April dieses Jahres erstmals eine Beratung dazu erfolgen soll.

Herr Bürgermeister; meine sehr verehrten Damen und Herren: Das wird aber auch langsam Zeit, dass Sie sich hiermit befassen!

Mittlerweile hat das Thema Klimaschutz in jeder Partei Einzug gehalten, bei den einen mehr, bei den anderen weniger.

Klimaschutz ist in jeder Partei zu einem Wahlkampfthema geworden, auch wenn es CDU und FDP hauptsächlich darum geht, Atomkraft wieder salonfähig zu machen.

Wir fordern nochmals dazu auf: endlich klimaschutzrelevante Maßnahmen in unserer Stadt umzusetzen!

Lassen wir uns doch nicht von dem diesjährigen langen Winter täuschen:

Wir müssen „jetzt“ und nicht erst „morgen“ damit beginnen, zumindest zu versuchen, die große Klimakatastrophe aufzuhalten. Das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig!

Sicher ist die Übernahme des Stromnetzes von der RWE wünschenswert. Dies haben wir ja auch bereits in unserem Antrag aus der Ratssitzung vom 12. 02. 2009 klar zum Ausdruck gebracht, und den Bürger unserer Stadt selbst mit Energie zu versorgen. Das jedoch allein reicht nicht aus. Wir müssen dafür sorgen, dass die Bürger dann aber auch ausschließlich Strom aus regenerativen Energien beziehen können.

Ist dies nicht möglich, sollte unseres Erachtens nach, von der Übernahme des Netzes Abstand genommen und dieses Geld den Bürgern unserer Stadt für andere Maßnahmen, wie z. B. Bildung, Kultur- und Freizeitangebote und die Verhinderung der Verödung der Innenstadt und der Dörfer, etc. zur Verfügung gestellt werden. Zu einer lebens- und liebenswerten Stadt in der ihre Bürger gerne wohnen, gehören attraktive Angebote für alle Generationen. Stichwort hier: Das „Zentrenkonzept“. Ein Konzept sollte nicht nur aus der Umgestaltung und Verlegung von Straßen bestehen, sondern sich auch um die Lebensqualität unserer Bürger kümmern. So kann und darf es nicht sein, dass ein Teil unserer Bürger vom Straßenverkehr entlastet, der andere Teil aber umso stärker belastet wird. Ich denke hier nur an den Zubringer „Bruchstraße“; die Verkehrsführung von Altenbüren nach Olsberg und Bigge oder die Ortsdurchfahrt Antfeld. Hier müssen Lösungen gefunden werden, die allen Seiten gerecht werden.

Grundsätzlich ist das Zentrenkonzept sicher eine gute Chance unsere Stadt etwas lebenswerter zu machen. Wichtig ist jedoch, dass dies zusammen mit den Bürgern und nicht über deren Köpfe hinweg, entwickelt wird.

Auch dürfen wir über diese Konzepte und Vorhaben unsere Dörfer nicht vergessen. Es verschwinden immer mehr wichtige Treffpunkte im Dorf, die das Leben auf dem Land bisher immer bereichert haben. Jugendliche sind kaum noch auf der Straße zu finden. Das Interesse an Vereinen lässt immer stärker nach. Sogar viele Erwachsene bemängeln dies und reden davon, dass durch die ganzen „sog. Errungenschaften“ wie z. B. die überall gleichen Bushaltesthäuschen oder auch die wunderbaren Dorfplätze, die zwar für unsere älteren Mitbürger ein wunderschöner Treffpunkt sind, nicht mehr aber als Treffpunkt für Jugendliche geeignet erscheinen, von einer langsamen Vergrünerung der Dörfer voranschreitet.

Die früheren Treffpunkte für die Jugendlichen sind nach und nach verschwunden. Die Dörfer veröden immer mehr. Hier ist dringender Handlungsbedarf in Zusammenarbeit mit den Ortsvorstehern, egal ob sie der CDU oder der SPD angehörig oder gar parteilos sind. Auch parteilose Ortsvorsteher haben das Anrecht darauf, von ihren Ratsvertretern unterstützt zu werden.

Herr Bürgermeister; meine sehr verehrten Damen und Herren!

Beginnen wir ernsthaft mit „Klimaschutz“!

- Installieren Sie einen Klimaschutzbeauftragten!
Stellen Sie städtische Gebäudedächer z. B. für Photovoltaik bereit und unterstützen Sie dies finanziell!
- Weisen Sie Flächen für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan aus. Gerade hier im Sauerland bietet sich die Nutzung von Windkraft hervorragend an. Im Rahmen unserer Aufgabe des Klimaschutzes dürfen wir nicht darauf

sehen, ob ein Windpark die Wahrnehmung des menschlichen Auges stört. Dies ist nur ein subjektiver Eindruck.

- Alle zukünftigen Investitionen und Entscheidungen sind auf ihre CO₂-Reduzierungsmöglichkeiten zu überprüfen

Arbeiten sie mit uns daran, in diesem Jahr den Klimaschutz in den Vordergrund zu rücken und lassen Sie endlich Taten sehen!

Nur wenn Sie zu solchen, vielleicht nicht immer populären Maßnahmen bereit sind, dann handeln Sie verantwortungsvoll und versuchen den nachfolgenden Generationen zumindest ein einigermaßen „bestelltes Feld“ zu hinterlassen.

Wir beantragen, den Klimaschutz in die Handlungsfelder der Stadt aufzunehmen, das heißt er muss in die Produktaufstellung aufgenommen und mit entsprechenden Zielvorgaben seitens der Politik versehen werden.

Hierdurch muss die Stadt sich ein eigenes Klimaschutzziel setzen und darüber jährlich Rechenschaft ablegen. Dieses Ziel muss konkret und überprüfbar sein. Daher wird sich die Verwaltungsspitze und jeder Einzelne von ihnen an der Ernsthaftigkeit im Umgang mit dem Klimaschutz messen lassen müssen.

Äußerst erfreulich ist, dass nach langer Bauzeit und vielen Problemen der ZOB und die damit einhergehenden Projekte, wie Aufzug zum Bahngelände usw. seiner Fertigstellung entgegen geht.

Wir hoffen, dass in naher Zukunft auch noch ein Investor für den Serviceriegel gefunden wird und die Baumaßnahmen am Bahnsteig, die dann einen behindertengerechten Zugang zu den Zügen ermöglichen, schnellstens begonnen werden können.

Wir betonen hier noch einmal, dass unserer Meinung nach in einer Zeit wie dieser, eine Erhöhung der Realsteuern das absolut falsche Signal ist.

Dies haben ja auch die diversen Reaktionen seitens der Industrie und einiger Bürger gezeigt.

Während die Bundesregierung als Maßnahme gegen die Finanzkrise über die Länder und Kommunen ein Füllhorn von Konjunkturpaketen ausschüttet, erhöht die Stadt Olsberg als „Vertrauen in die Zukunft“ schaffende Maßnahme, die Realsteuern.

Ich möchte hier nochmals Heinrich Böll zitieren, der gesagt hat:

„Wir geben uns zu wenig Rechenschaft darüber, wie viel Enttäuschung wir anderen bereiten.“

Diesen Spruch sollten sich diejenigen, die für die Steuererhöhung gestimmt haben, einmal vor Augen führen.

Es wäre sinnvoller gewesen, den Bürgerinnen und Bürgern, sowie den Gewerbetreibenden unserer Stadt Mut zu machen und sie nicht durch Steuererhöhungen, auch wenn es sich, wie einige Ratsvertreter der CDU behaupten, nur um Beträge handelt, um deren Diskussion man sich schämen müsse, weiter zu entmutigen.

Gerade auf unsere ältere Generation, die als Rentenbezieher hauptsächlich betroffen ist, kommt tlw. in den kommenden Monaten allein durch die Besteuerung ihrer Rentenbezüge durch das Alterseinkünftegesetz, eine erhebliche Mehrbelastung zu.

Wir sollten hier nicht die einzelnen sicherlich geringen Beträge sehen, sondern die zusätzlich in diesem Jahr zu tragenden Gesamtbelastungen.

Das gleiche gilt für unsere Gewerbetreibenden.

Wir sollten bemüht sein, die heimischen Wirtschaftsunternehmen zu stärken, damit sie für die Zukunft auf dem deutschen Markt wettbewerbsfähig sind und nicht kontraproduktiv einwirken, indem die Gewerbesteuer erhöht wird.

Wir müssen versuchen, die Ausgaben zu verringern und nicht die Einnahmen zu erhöhen, so schwer das sicherlich auch ist.

Die Stadt Olsberg stand auch bereits vor der Erhöhung der Gewerbesteuern mit an der Spitze im Hochsauerlandkreis.

Jetzt nach der Erhöhung der Gewerbesteuern ist man alleiniger Spitzenreiter. Ist man da stolz drauf?

Der Einwand, dass auch die anderen Gemeinden in den kommenden Jahren um eine Erhöhung der Steuern nicht herumkommen werden, ist rein hypothetisch und erst bei Eintreffen nachzuweisen.

Kyrill hat auch bei uns viele Schäden hinterlassen. Eine Aufarbeitung in Olsberg ähnlich wie in Brilon im Rahmen eines „Bürgerwaldes“, wäre auch hier wünschenswert gewesen. Dies hatte ich ja bereits bei meiner Haushaltsrede 2008 vorgeschlagen.

Bedauerlicherweise hat man diese Idee hier in Olsberg nicht übernommen.

Die Bürger unserer Stadt sind beunruhigt und besorgt über die Diskussion um die medizinische Versorgung, auch in unserer Stadt.

Wir müssen alles Notwendige dafür tun, dass die bisher recht gute medizinische Versorgung in Olsberg erhalten bleibt. Immer mehr Ärzte wollen auf Grund der immensen Kostensteigerungen des Gesundheitsapparates ihre Praxen auf Grund der fehlenden Rentabilität noch vor Erreichen der Altersgrenze schließen.

Es drohen über kurz oder lang sog. „ärztliche Versorgungszentren“, die dann überregional angesiedelt werden und somit kein Besuch bei einem Hausarzt mehr möglich wäre.

Dies sind gerade für ältere Menschen Horrorvorstellungen. Auch haben unsere behinderten Mitmenschen einen ganzen anderen Zugang zu einem ihnen vertrauten Arzt, als dann zu einem zufällig im Dienst befindlichen.

Das jetzige „Hausarztmodell“ zu erhalten, sollte oberstes Ziel sein, insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und unserer Ausrichtung als „Gesundheitsstandort“.

Zudem ist es gerade für eine Stadt wie Olsberg mit einer hohen Quote von älteren und behinderten Mitbürgern unbedingt erforderlich, die Rettungswache weiterhin vor Ort und eine Notfallpraxis an ihrem Krankenhaus zu haben.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf die Ratssitzung am vergangenen Dienstag zurückkommen:

Dass wir keine Freunde der RWE sind, wie uns tlw. nach der Sitzung am vergangenen Dienstag in einigen Internetforen unterstellt wurde, dürfte eigentlich jedem hier Anwesenden klar sein.

Die RWE sind durch den Betrieb ihrer Kohlekraftwerke oder der AKW nach wie vor einer der größten Klimakiller. Dass ich mich vorher mit dem Betriebsratsvorsitzenden der RWE unterhalten und mir seine Sorgen über ggfls. gefährdete Arbeitsplätze angehört habe, das gehört meines Erachtens nach absolut zu einem demokratischen Verhalten, auch wenn man kein großer Freund dieses Monopolisten ist.

Die örtliche Presse, außer dem Briloner Anzeiger, dem hiermit ein großes Dankeschön gebührt, hat uns keinerlei Möglichkeit gegeben, uns zu der Abstimmung am vergangenen Dienstag zu äußern.

Ich möchte nicht meine komplette Stellungnahme hierzu wiederholen, die kann bei Interesse gerne auf unserer Homepage unter „Aktuelles“ nachgelesen werden. Was ich jedoch möchte ist:

Klarstellen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Olsberg vor der Ratssitzung am Dienstag, 24.03.2009 nicht zugesagt hat, die Gründung der Projektgesellschaft der HSWE **in jedem Fall** zu unterstützen.

Dass sich die Grünen des Hochsauerlandkreises für die Rekommunalisierung der Energieversorgung ausgesprochen haben, steht unserer Meinung nicht entgegen. Die Bemerkung des Fraktionsvorsitzenden der CDU am Ende der Ratssitzung am vergangenen Dienstag war somit völlig überflüssig und diente offenbar lediglich dazu, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diskreditieren.

In unserem Antrag in der Ratssitzung im Februar 2009 haben wir gesagt, dass wir **unter bestimmten Voraussetzungen** für die Rekommunalisierung der Energieversorgung in der Stadt Olsberg sind. Wörtlich heißt es dazu in unserem Antrag: „Unverzichtbar ist hierbei jedoch, dass die Kosten-Nutzen-Rechnung im Vorfeld den Bürgern transparent und verständlich darzustellen ist.“

Weiterhin gehört u. a. die Lieferung von Strom in die Haushalte der Stadt Olsberg aus „rein regenerativen Energiequellen“ zu unseren Forderungen. Die Stadtwerke Lippstadt können dies jedoch bisher nicht gewährleisten.

Wir sind nicht gegen die Einrichtung einer Projektgesellschaft, um Wahlkampf zu betreiben.

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Warum ist dieser Beschluss denn eine Blamage für Olsberg? Was heißt denn für Sie Demokratie?

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat gesagt:

„Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“

Dieser Leitspruch, meine Damen und Herren, sollte hier im Stadtrat viel öfter beherzigt werden.

Wir von der grünen Fraktion haben uns intensiv mit der Vorlage befasst und Jeder für sich hat dann nach bestem Wissen und Gewissen abgestimmt.

Ich bin froh, dass ich einer Partei angehöre, in der noch offen diskutiert wird und die Mitglieder keinen Fraktions- oder sonstigen Zwängen unterworfen sind.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reuter!

Ich blicke nunmehr auf einige Jahre konstruktiver Zusammenarbeit, aber auch einiger Auseinandersetzungen mit Ihnen zurück. Oft waren wir nicht einer Meinung, haben jedoch in der Sache und im Ton fair miteinander gerungen. Ich hoffe, dass wir auch in der sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema der „Rekommunalisierung der Energieversorgung“ hierzu zurückfinden und sich dies auch mit Ihrem Nachfolger, wer immer es auch werden wird, fortsetzt.

Dem allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters Kalli Metten möchte ich im Namen des Ortsverbandes und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für seinen Ruhestand, der ja lt. gestrigem Interview eher zu einem Un/Ruhestand werden könnte, alles Gute wünschen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.